



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und
Rechtsfragen/Vergabe/Internationales**

Frau Simons

Telefon: (0221) 25087

Fax: (0221) 26565

E-Mail: corinna.simons@stadt-koeln.de

Datum: 02.02.2010

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 25.01.2010, 15:30 Uhr bis 17:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Winrich Granitzka CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Axel Kaske	SPD	(ab 16:45 Uhr)
Frau Monika Möller	SPD	
Herr Michael Neubert	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	(bis 16:45 Uhr)
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Frau Gisela Manderla	CDU	
Herr Henk van Benthem	CDU	i. V. für Herrn Marx
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE	
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Herr Andreas Wolter	GRÜNE	
Herr Volker Görzel	FDP	
Herr Frank Maul	PRO KÖLN	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Detjen DIE LINKE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Heinz-Dieter Klein auf Vorschlag der SPD

Frau Iris Koppmann	auf Vorschlag der SPD	
Herr Oliver Kreams	SPD	(bis 16:40 Uhr)
Herr Julius Knappertsbusch	auf Vorschlag der CDU	(ab 15:45 Uhr)
Frau Katharina Roy	auf Vorschlag der CDU	(ab 15:35 Uhr)
Herr Franz Hess	auf Vorschlag der GRÜNEN	
Herr Ralf Klemm	GRÜNE	
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der GRÜNEN)	
Herr Michael Ahr	auf Vorschlag der FDP	
Herr Rudolf Schaefers	PRO KÖLN	
Herr Dr. Manfred Hoffmann	auf Vorschlag der LINKEN	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Adelheid Langes auf Vorschlag der StadtAG Behindertenpolitik

Verwaltung

Herr Wolfgang Büscher
Herr Ingo Fleischer
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen
Herr Robert Kilp
Herr Hans-Joachim Mohr
Herr Hans-Jürgen Petry
Herr Frieder Wolf (bis 16:00 Uhr)

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg

GPR

Herr Friedel Giesen-Weirich
Herr Ulrich Langner

Schriftführerin

Frau Corinna Simons

Presse

Zuschauer

Die Verwaltung schlägt

zur Aufnahme und Absetzung in die Tagesordnung vor:

I. Öffentlicher Teil

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.5 Beantwortung einer Anfrage zur Ausbildungsquote vom 03.09.2009
Interkommunaler Vergleich zum Thema Ausbildungsquote
0013/2010

3.6 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Detjen vom
Skaterpark
0252/2010

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.4 Bereitstellung kostenloser Wahlwerbeflächen durch die Kölner Aussenwerbung GmbH
0078/2010

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes (NiSchG NRW)
AN/0178/2010

9 Platzvergaben

Ergänzende Mitteilung zur Beschlussvorlage Nr. 0019/2010:

9.1.1 Genehmigung zur Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das Jahr 2010
0272/2010

10 Allgemeine Vorlagen

Ergänzende Mitteilung zur Beschlussvorlage Nr. 4185/2009:

10.1.1 Beihilfefähigkeit nicht verschreibungspflichtiger Arzneimittel
0320/2010

>> Tischvorlage

- 10.6 zurückgezogen
- 10.7 Reinigung aus einer Hand - Übertragung der Graffiti-Entfernung bei städtischen Objekten auf die AWB
4484/2009
- 10.8 Änderung der Hauptsatzung - § 22 Integrationsrat / Teil 2
4639/2009
- 10.9 Entsenden von Vertretern der Stadt Köln in die Verbandsversammlung des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister KDN
0212/2010
>> Tischvorlage

II. Nichtöffentlicher Teil

16 Allgemeine Vorlagen

- 16.3 zurückgezogen

Ergänzende Mitteilung zur Beschlussvorlage Nr. 4985/2009:

- 16.4.1 Öffentliche Ausschreibung des Weihnachtsmarktes auf dem Roncalliplatz für die Jahre 2010 bis 2014
0356/2010
>> Tischvorlage
- 16.6 Einlegung Rechtsmittel gegen Grunderwerbsteuerbescheid
0109/2010
- 16.7 Abschluss eines Rahmenvertrages zur Beschaffung von Druckern für die Ausländerbehörde der Stadt Köln
4996/2009

Herr Detjen schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 3.1 und 4.2 gemeinsam zu behandeln.

Herr Wolter beantragt, die Diskussion zur Stellungnahme der Verwaltung, die unter TOP 11.1 auf der Tagesordnung steht, in den öffentlichen Teil zu verschieben.

Der Ausschuss ist einverstanden, das Thema soll unter TOP 6.2 behandelt werden.

Der Ausschuss ist mit der Tagesordnung in folgender Fassung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A. Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern sowie Einwohnerinnen und Einwohnern

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 "Verlacht, verboten und gefeiert"

1.2 Mentoring

1.3 Frauen diskriminierende Plakate an der U-Bahnhaltestelle Dom/Hauptbahnhof

2 Internationales

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung von Anfragen zum Bleiberechtsbericht vom 07.12.2009
0016/2010

3.2 Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla vom 07.12.2009
Kosten für die Durchführung eines Volks- oder Schützenfestes
5385/2009

3.3 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Detjen vom 03.09.2009
Datenschutz Erstwähler
5361/2009

3.4 Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla vom 07.12.2009
Illegale Spendensammelaktionen
0017/2010

3.5 Beantwortung einer Anfrage zur Ausbildungsquote vom 03.09.2009
Interkommunaler Vergleich zum Thema Ausbildungsquote
0013/2010

3.6 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Detjen vom 07.12.2009
Skaterpark
0252/2010

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2008
4872/2009
- 4.2 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Dezember 2009
0001/2010
- 4.3 Kindertageseinrichtungen Gothaer Platz (Köln-Höhenberg), Am Beethovenpark (Köln-Sülz), Helmholtzstraße (Köln-Porz)
5207/2009
- 4.4 Bereitstellung kostenloser Wahlwerbeflächen durch die Kölner Aussenwerbung GmbH
0078/2010

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

- 6.1 Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes (NiSchG NRW)
AN/0178/2010

Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 20.01.2010

Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes (NiSchG NRW)
0350/2010

6.2 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Wolter vom 03.09.2009
Wahlplakate

7 Mündliche Anfragen

7.1 Google Street View

7.2 Haushalt 2010
Aktuelle Haushaltplanberatungen

7.3 Berichterstattung
Messehallen

7.4 Temporäre Halteverbote

8 Anträge

9 Platzvergaben

9.1 Genehmigung zur Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das Jahr 2010
0019/2010

9.1.1 Genehmigung zur Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das Jahr 2010
Ergänzende Mitteilung zur Beschlussvorlage Nr. 0019/2010
0272/2010

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2008 der Beihilfekasse
4185/2009

10.1.1 Beihilfefähigkeit nicht verschreibungspflichtiger Arzneimittel
Ergänzende Mitteilung zur Beschlussvorlage 4185/2009
0320/2010

10.2 Betriebssatzung der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung AWB der Stadt Köln
4532/2009

10.3 Landtagswahl 2010 - Durchführung notwendiger Beschaffungen
0007/2010

10.4 Mehrstellen für das Historische Archiv der Stadt Köln
5417/2009

- 10.5 Vergleich zum Ausgleich für zuviel geleistete Arbeitszeit der Feuerwehrbeamten und -beamten nach EU-Arbeitszeitrichtlinie - Umsetzung des Urteils OVG-Münster 1 A 2654/07 vom 07.05.2009
4494/2009
- 10.6 zurückgezogen
- 10.7 Reinigung aus einer Hand - Übertragung der Graffitientfernung bei städtischen Objekten auf die AWB
4484/2009
- 10.8 Änderung der Hauptsatzung - § 22 Integrationsrat / Teil 2
4639/2009
- 10.9 Entsenden von Vertretern der Stadt Köln in die Verbandsversammlung des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister KDN
0212/2010

II. Nichtöffentlicher Teil

11 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 11.1 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Wolter vom 03.09.2009 Wahlplakate
5398/2009

12 Mitteilungen der Verwaltung

- 12.1 Neubau Bezirksrathaus Rodenkirchen - Vergabeverfahren
4885/2009

13 Schriftliche Anfragen

14 Mündliche Anfragen

- 14.1 Entlassung eines Mitarbeiters des Stadtkonservators

15 Anträge

16 Allgemeine Vorlagen

- 16.1 Wahl von Schiedspersonen
4964/2009
- 16.2 Außergerichtlicher Vergleich bezüglich Rückzahlungen von Zuschüssen
2749/2009

- 16.3 zurückgezogen
- 16.4 Öffentliche Ausschreibung des Weihnachtsmarktes auf dem Roncalliplatz für die Jahre 2010 bis 2014
4985/2009
 - 16.4.1 Öffentliche Ausschreibung des Weihnachtsmarktes auf dem Roncalliplatz für die Jahre 2010 bis 2014
0356/2010
- 16.5 Einleitung eines Vergabeverfahrens und Abschluss eines Rahmenvertrages zur Beschaffung von Zulassungsbescheinigungen I (Fahrzeugschein) für das Amt für öffentliche Ordnung (Zulassungsstelle)
5218/2009
- 16.6 Einlegung Rechtsmittel gegen Grunderwerbsteuerbescheid
0109/2010
- 16.7 Abschluss eines Rahmenvertrages zur Beschaffung von Druckern für die Ausländerbehörde der Stadt Köln
4996/2009

I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern sowie Einwohnerinnen und Einwohnern

Der Vorsitzende, Herr Granitzka, verpflichtet Frau Adelheid Langes und Herrn Michael Ahr als sachkundige Einwohner für den Ausschuss AVR/ Vergabe/ Internationales.

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 "Verlacht, verboten und gefeiert"

Frau Kronenberg berichtet von einer Ausstellung zur Geschichte des Frauenfußballs anlässlich des DFB-Pokalfinales der Frauen am 15. Mai 2010 in Köln.

Die Ausstellung „Verlacht, verboten und gefeiert“ wird vom 1. bis 28. Februar 2010 im Spanischen Bau des Kölner Rathauses präsentiert und ist Teil des Jahresthemas des Amtes für Gleichstellung, das unter dem Motto steht:

Wir sind Weltmeisterinnen - und das nicht nur im Fußball

Mit diesem Jahresthema soll der Frauen- und Mädchenfußball einen höheren Stellenwert in Köln und in der Gesellschaft bekommen.

Bereits über mehrere Jahre ist diese Ausstellung ausgebucht und tourt durch das ganze Land. Sie umfasst unter anderem 23 gerahmte Bildtafeln, neun Texttafeln und Teile eines historischen Kaffeeservices. Ergänzt werden die Dokumente hier in Köln mit anschaulichen Objekten des Deutschen Sport & Olympia Museums aus verschiedenen Zeitepochen.

Die Ausstellung spannt einen chronologischen Bogen von den Anfängen des Damenfußballs im deutschen Kaiserreich um 1900 über die Gründung des 1. deutschen Damenfußball Clubs 1930 durch Lotte Specht bis zu dem erstmaligen internationalen Erfolg der Frauen-Nationalmannschaft bei der WM 2003 und bis in die Gegenwart. Sie beschäftigt sich mit der Rolle der Frau in Sport und Gesellschaft, insbesondere den Schwierigkeiten, Verboten und Anfeindungen, denen die „Vorkämpferinnen“ des Frauenfußballs ausgesetzt waren.

Organisiert wird die Präsentation vom Sportamt, von der Volkshochschule und vom Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern. Unterstützt wird sie durch das Deutsche Sport & Olympia Museum und den Fußballverband Mittelrhein. Neben der feierlichen Eröffnung ist unter anderem die Darbietung einer historischen Sportschau am 3. Februar 2010 um 19 Uhr, ein Vereinstag am 6. Februar 2010 ab 10 Uhr, sowie eine sportpolitische Talkrunde am 18. Februar 2010 um 19 Uhr im Spanischen Bau geplant.

1.2 Mentoring

Frau Kronenberg berichtet über den erfolgreichen Abschluss des Mentoringprojektes in der letzten Woche. Das Kooperationsprojekt vom Amt für Gleichstellung und dem Personalamt und dessen erfolgreicher Abschluss haben den Oberbürgermeister so

imponiert, dass er angeboten habe, beim nächsten Mentoring selbst als Mentor zu fungieren.

Herr Granitzka lobt das Mentoringprogramm und die erfolgreiche Abschlussveranstaltung und bittet um Fortsetzung.

Auf Rückfrage von Frau Manderla erläutert Frau Kronenberg, das Anschlussprojekt werde in Kürze starten. Herr Kahlen ergänzt abschließend, Schwerpunkt des Folgeprojektes sei der gehobene Dienst.

Der Ausschuss bittet um regelmäßige Berichterstattung.

1.3 Frauen diskriminierende Plakate an der U-Bahnhaltestelle Dom/Hauptbahnhof

Frau Kronenberg berichtet über die erfolgreichen Verhandlungen mit der KVB, der KAW und der Geschäftsführung der Unternehmensgruppe „Diskret.de“. Gegenstand der Verhandlungen war ein Werbeplakat an der U-Bahnhaltestelle Dom/Hauptbahnhof, das jetzt entfernt wird.

Das Plakat warb für ein Internetportal, das sexuelle Dienstleistungen anbietet.

Hierdurch wurde insbesondere Kindern der Eindruck vermittelt, Frauen seien käuflich.

2 Internationales

Herr Granitzka bittet um eine gemeinsame Informationsveranstaltung für alle Ausschussmitglieder, in der über Art und Umfang der Aufgaben im Bereich für Internationale Angelegenheiten berichtet wird.

Mitteilungen oder Stellungnahmen der Verwaltung lagen zur Sitzung nicht vor.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung von Anfragen zum Bleiberechtsbericht vom 07.12.2009 0016/2010

Auf Antrag von Herrn Detjen wird diese Mitteilung gemeinsam mit TOP 4.2 „Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Dezember 2009“ behandelt.

Die Unterlagen wurden zur Sitzung verteilt (Anlagen 1+2). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Herrn Detjen berichtet Frau Dahmen, die Verwaltung fälle immer wieder Einzelfallentscheidungen bei jugendlichen Flüchtlingen, die eine Ausbildung beginnen wollen, hier käme es im Detail auf die individuellen Rahmenbedingungen an. Die Verwaltung arbeite hier eng mit der Bundesanstalt für Arbeit zusammen und sei gerne bereit, über einen aktuellen Sachstand zu informieren.

Auf Nachfrage von Frau dos Santos Herrmann ergänzt Frau Dahmen, das Kriterium der Integrationsleistungen wurde dahingehend erweitert, dass bei minderjährigen Personen, die im Zeitraum 07/2007 bis 12/2009 eine Schul- oder Berufsausbildung beendet haben oder sich derzeit in einer solchen befinden, ein weiterer Probeaufenthalt

erteilt werden kann. Bei minderjährigen Kindern und Jugendlichen ermöglicht der neue Erlass, deren Integrationsleistung unabhängig von den Eltern zu bewerten.

**3.2 Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla vom 07.12.2009
Kosten für die Durchführung eines Volks- oder Schützenfestes
5385/2009**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 3). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**3.3 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Detjen vom 03.09.2009
Datenschutz Erstwähler
5361/2009**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 4). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**3.4 Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla vom 07.12.2009
Illegale Spendensammelaktionen
0017/2010**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 5). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**3.5 Beantwortung einer Anfrage zur Ausbildungsquote vom 03.09.2009
Interkommunaler Vergleich zum Thema Ausbildungsquote
0013/2010**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 6). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Manderla merkt an, der interkommunale Vergleich mache deutlich, dass die Stadt Köln eine der wenigen Kommunen sei, die eine Ausbildungsquote festgeschrieben habe und die Quote von 6 % könne sich sehen lassen.

Auf Rückfrage von Herrn Detjen merkt Herr Büscher an, München habe keine Ausbildungsquote in Prozent sondern eine feste Größe von 270 Ausbildungskräften, die jedes Jahr eingestellt würden. Eine Quote könne man nicht genau errechnen, sie läge jedoch unterhalb der 6%, die der Rat für die Stadt Köln beschlossen habe.

Herr Kahlen ergänzt abschließend, die Verwaltung habe aufgrund diverser Nachfragen auch im Zusammenhang mit der Kommunalwahl die Ausbildungsquote nachgerechnet. Sie läge nicht nur bei den in der Mitteilung notierten 6,1%, sondern sogar bei 6,3 %.

3.6 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Detjen vom 07.12.2009 Skaterpark 0252/2010

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 7). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2008 4872/2009

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 8). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau von Bülow beantragt, die Mitteilung auch dem Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis zu geben. Der Ausschuss ist einverstanden.

Herr Detjen regt an, die Verwaltung solle sich im Zusammenhang mit der Unterstützung von Integrationsfirmen mit Vertretern des Landschaftsverbandes Rheinland auseinandersetzen. Das Unterstützen von Integrationsfirmen sei mit zahlreichen finanziellen Mitteln verbunden, auf die die Stadt Köln zugreifen könne. Die Verwaltung nimmt diese Anregung zur Kenntnis.

Frau Kronenberg ergänzt abschließend, die Stadt Köln biete in diesem Jahr erstmalig und als einzige Kommune den Girlsday für behinderte Mädchen an.

4.2 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Dezember 2009 0001/2010

Dieser TOP wurde bereits gemeinsam mit TOP 3.1 in der Sitzung behandelt. Es gab keine weiteren Nachfragen.

4.3 Kindertageseinrichtungen Gothaer Platz (Köln-Höhenberg), Am Beethovenpark (Köln-Sülz), Helmholtzstraße (Köln-Porz) 5207/2009

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 9). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.4 Bereitstellung kostenloser Wahlwerbeflächen durch die Kölner Aussenwerbung GmbH 0078/2010

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 10). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

Mitteilungen und Stellungnahmen der Verwaltung lagen zur Sitzung nicht vor.

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes (NiSchG NRW) AN/0178/2010

**Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 20.01.2010
Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes (NiSchG NRW)
0350/2010**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 11). Der Ausschuss vertagt die Kenntnisnahme in die kommende Sitzung.

6.2 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Wolter vom 03.09.2009 Wahlplakate

Auf Antrag von Herrn Wolter wird die Diskussion zur Stellungnahme der Verwaltung, die unter TOP 11.1 auf der Tagesordnung steht, im öffentlichen Teil behandelt.

Herr Wolter bemängelt, dass einige Parteien ihre Wahlplakate nach einer Wahl einfach hängen lassen und appelliert noch einmal an alle Fraktionen ihre Plakate selbst wieder abzuhängen.

Herr Detjen bittet um Prüfung, ob eine Partei zur Bezahlung von Bußgeldern oder Schadensersatz Spendensammlungen durchführen dürfe.

Herr Kilp räumt auf Rückfrage von Herrn Maul ein, er könne nicht ausschließen, dass noch irgendwo im Stadtgebiet Wahlplakate hängen würden. Diese werden, sobald die Verwaltung Kenntnis darüber erlangen würde, abgehängt und der Gebührenbescheid an die Partei werde entsprechend erhöht.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Google Street View

Herr Wolter berichtet, das Kulturdezernat habe eine Kooperation mit einer Firma geschlossen, die eine kostenlose Digitalisierung von Fotobeständen denkmalgeschützter Häuser vornimmt und diese dann auf dem Internetportal von Google zur Verfügung stellt. Herr Wolter ergänzt, der Rat habe beschlossen, dass diese Vorgehensweise für städtische Gebäude zurückgewiesen werde. Es wurde den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt empfohlen, dieses auch zu tun. Er fügt ergänzend hinzu, ihm liege die Beschwerde einer Bürgerin vor, deren denkmalgeschütztes Haus samt Hausnummer und Kfz-Nummer des vor dem Haus geparkten PKW fotografiert worden sei und diese Fotos habe man im Internet finden können, ohne dass es dafür eine Erlaubnis gegeben habe.

Herr Wolter bittet die Verwaltung um einen aktuellen Sachstand.

7.2 Haushalt 2010 Aktuelle Haushaltsplanberatungen

Auf Rückfrage von Herrn Wolter erläutert Herr Kahlen, am kommenden Wochenende werde der Stadtvorstand eine erste Bilanz ziehen. Darüber hinaus laufe die Arbeit der Task-Force auf Hochtouren und eine Auswertung des Bürgerhaushalts sei auch noch nicht abgeschlossen.

Leider sei seit Ende 2009 keine Trendwende im Niedergang der Gewerbesteuer zu verzeichnen. Herr Kahlen bittet um Verständnis, dass Meldungen mit Stand Ende Oktober 2009 nicht zeitgemäß seien und deshalb nicht detailliert aufbereitet werden sollten.

Frau Manderla ergänzt abschließend, für eine haushaltspolitische Debatte, die man in der nächsten Zeit führen müsse, sei eine Basis von aktuellen Zahlen notwendig. Eine Auswertung von Zahlen aus dem Oktober 2009 sei da keineswegs hilfreich. Eine frühzeitige Einbindung des AVR in jede Diskussion sei wünschenswert. Dabei seien konkrete Zahlen nicht zwingend. Eine Information über die in den Gremien beschlossenen oder beratenen Vorschläge könne ebenso Inhalt für eine Mitteilung an den Ausschuss sein.

Der Ausschuss bittet um frühzeitige Einbindung in aktualisierte Haushaltsplanberatungen.

Herr Kahlen sagt zu, den Ausschuss zeitnah über Beschlüsse, die den Bereich des AVR betreffen, zu unterrichten.

7.3 Berichterstattung Messehallen

Auf Anfrage von Frau von Bülow erläutert Herr Kahlen, zuständig für sämtliche Angelegenheiten, die die Kölner Messe betreffen, sei der Finanzausschuss. Im Finanzausschuss sei bereits in der Vergangenheit alles aus dem Bereich Messehallen behandelt worden.

7.4 Temporäre Halteverbote

Frau von Bülow berichtet über variable, temporäre Halteverbote, die dazu führten, dass ein ordnungsgemäß abgestellter PKW aufgrund eines nachträglich errichteten Halteverbotes abgeschleppt werde. Die Stadt Köln erhebe für die Abschleppung zusätzliche Gebühren. Frau von Bülow bittet um Information, nach welchen Vorgaben die Stadt öffentlichen Parkraum temporär zu Halteverbotszonen erkläre, welche Fristen einzuhalten seien und wie die zusätzlichen Gebühren zustande kämen.

Herr Kahlen sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Granitzka bittet um Anlage der entsprechenden Gerichtsurteile.

8 Anträge

Anträge lagen zur Sitzung nicht vor.

9 Platzvergaben

9.1 Genehmigung zur Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das Jahr 2010 0019/2010

9.1.1 Genehmigung zur Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das Jahr 2010

Ergänzende Mitteilung zur Beschlussvorlage Nr. 0019/2010 0272/2010

Die ergänzende Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 12). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. den zentralen Innenstadtplatz Neumarkt für die Durchführung
 - der Karnevalskirmes (14.02. – 20.02.2010)
 - des Gastspiels des Zirkus Roncalli (01.03. – 13.04.2010)
 - den Veranstaltungen zu der „Games Com“ (17.08. – 24.08.2010)
 - des Antikmarktes (03.09. – 06.09.2010)dem jeweiligen Veranstalter zur Verfügung zu stellen.
2. den zentralen Innenstadtplatz Rudolfplatz für die Durchführung
 - der Informationsveranstaltung zum „Israel Tag“ (12.05.2010)
 - der Informationsveranstaltung „Einfach Ehrensache“ (15.05.2010)
 - den Veranstaltungen zu der „Games Com“ (17.08. – 24.08.2010)dem jeweiligen Veranstalter zur Verfügung zu stellen.
3. den zentralen Innenstadtplatz Roncalliplatz für die Durchführung
 - des Konzertes der Gruppe Bläck Fööss - Jubiläumskonzert zum 40jährigen Bestehen - (01.09. – 08.09.2010)dem Veranstalter zur Verfügung zu stellen.

Die in Klammern angegebenen Zeiträume beinhalten jeweils auch die Auf- und Abbaupzeit.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2008 der Beihilfekasse 4185/2009

10.1.1 Beihilfefähigkeit nicht verschreibungspflichtiger Arzneimittel Ergänzende Mitteilung zur Beschlussvorlage 4185/2009 0320/2010

Die ergänzende Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 13). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Herrn Wolter erläutert Herr Blaeser, die Verwaltung habe in der ergänzenden Mitteilung Stellung genommen zum Umgang mit einer eventuellen Verpflichtung zur Rückerstattung von Arzneimittelaufwendungen für nicht verschreibungspflichtige Medikamente bei Beamtinnen und Beamten. Aufgrund einer unklaren Rechtslage und eines noch offenen Urteils des Oberverwaltungsgerichts Münster habe die Beihilfekasse auf Basis vorliegender Daten Beträge für Arzneimittelaufwendungen hochgerechnet, die evtl. zur Rückerstattung kommen und für die entsprechende Rückstellungen gebildet werden mussten.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusssentwurfes:

Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2008 fest und entlastet den Kassenleiter.

Der Jahresfehlbetrag wird durch den städtischen Haushalt ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.2 Betriebssatzung der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung AWB der Stadt Köln 4532/2009

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusssentwurfes:

Der Rat beschließt die Betriebssatzung der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung AWB der Stadt Köln in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.3 Landtagswahl 2010 - Durchführung notwendiger Beschaffungen 0007/2010

Auf Rückfrage von Herrn Detjen erläutert Herr Kahlen, durch dauerhafte Präsenz von städtischen Mitarbeitern beim Druck von Stimmzetteln und beim Prüfverfahren könne das Qualitätsmanagement entscheidend verbessert werden.

Auf Rückfragen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen versichert Herr Kahlen, die Mittel für das ordnungsgemäße Durchführen von Wahlen seien im Haushaltsplanentwurf enthalten. Selbst wenn die Erfüllung dieser Pflichtaufgabe teurer werden würde als veranschlagt, werde für eine entsprechende Deckung gesorgt und die nötige Transparenz im Finanzausschuss hergestellt. Darüber hinaus fände eine ständige Kontrolle durch das Rechnungsprüfungsamt statt.

Zukünftig werde die Verwaltung außerdem das System der Direktwahl in den Mittelpunkt ihrer Öffentlichkeitsarbeit stellen. Das System der Direktwahl ermögliche der Verwaltung, nicht mehr auf Postdienstleistungen angewiesen zu sein.

Herr Kilp ergänzt, die Verwaltung stehe vor der Frage, welcher Postdienstleister über ein Infrastrukturnetz verfüge, das jedem Bürger ermögliche, schnell und über kurze Wege Briefwahlunterlagen anzufordern und diese zu erhalten. Diese Infrastruktur sei ein Maßstab für die Entscheidung, ob die Verwaltung eine offene oder eine beschränkte Ausschreibung durchführe.

Abschließend erinnert Herr Dr. Welpmann die Verwaltung an ihre allgemeine Ausschreibungspflicht, auch im Zusammenhang mit dem Versand der Wahlbenachrichtigungen.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die in der Problemstellung und der Begründung beschriebenen, notwendigen Beschaffungen vorzubereiten und durchzuführen.

Auf einen Vergabevorbehalt des Ausschusses wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.4 Mehrstellen für das Historische Archiv der Stadt Köln 5417/2009

Frau Manderla begrüßt die Stellenzusetzungen. Das tragische Unglück könne nicht zu Lasten des Kulturretats gehen, sondern müsse „vor die Klammer gesetzt“ werden und auf den gesamten Haushalt aufgeteilt werden.

Auf Rückfrage von Herrn Neubert erläutert Herr Kahlen, bei den 13 unbefristet zuzusetzenden Stellen handele es sich im Einzelnen um 10 Stellen für Restauratorinnen und Restauratoren, 1 Stelle für eine Archivoberrätin bzw. einen Archivoberrat und 2 Stellen für Büchereiangestellte.

Leider sei davon auszugehen, dass für die Erledigung aller Restaurationsarbeiten 6300 Personenjahre benötigt würden. Das bedeutet, dass 200 Restauratorinnen und Restauratoren jeweils 30 Jahre für die Erledigung der Aufgabe brauchen würden und dementsprechend seien 10 unbefristete Stellen nur ein Anfang. Herr Kahlen ergänzt, er gehe davon aus, dass die Restaurierungsarbeiten in Zukunft durch Personalgewinnung von externen Fachkräften und eine Personalfinanzierung durch eine entsprechende Stiftung zu realisieren seien.

Die Stelle des zusätzlichen Archivoberrates sei notwendig, weil das Archiv in Zukunft über den archiveigenen Einsatz hinaus (Digitalisierung von Beständen im Sinne eines Bürgerarchivs) auch Pilot bei der Einführung eines stadtweit digitalisierten Dokumentenmanagementsystems sein werde.

Herr Kahlen ergänzt, nach dem Einsturz des Archivs müsse die Dienstbibliothek mit über 140.000 Bänden systematisch neu aufgestellt und strukturiert werden. Mit der Entwicklung des Historischen Archivs hin zum Bürgerarchiv und seinen verstärkten Bürgerkontakten ist davon auszugehen, dass die Rekonstruktion der Dienstbibliothek, die Neustrukturierung, eine intensivere Nutzung und die laufenden Aufnahmen neuer Bücher technisch und vom Aufwand her dringend in Einklang gebracht werden müssen. Das ist mit der bisherigen einen Stelle der/des Büchereiangeestellten nicht zu leisten.

Frau von Bülow fasst zusammen, dass der Ausschuss für Kunst und Kultur in seiner letzten Sitzung sehr intensiv über die entsprechenden Zusetzungen beraten habe. Grundsätzlich sei man immer bemüht, Stellenzusetzungen zu vermeiden, man sei aber in diesem Zusammenhang einig, dass die Mehrstellen nötig seien.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusssentwurfes:

Der Rat beschließt zum Stellenplan 2010 die Zusetzung von 38,5 Stellen beim Historischen Archiv. Da die Stellenbesetzung in Teilen vor dem Inkrafttreten des Stellenplanes 2010 notwendig ist, werden verwaltungsinterne Stellenverrechnungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt.

Der Rat beschließt die für die Besetzung der Stellen erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 1.764.400 € für 2010 und für das Jahr 2011 in Höhe von 1.938.800 €. Eine Finanzierung des zusätzlichen Personalbedarfes kann nicht aus dem Kulturretat sichergestellt werden. Es bedarf daher einer Veranschlagung im Rahmen des Haushaltsplanes 2010 zu Lasten des Gesamthaushaltes, was zu einer weiteren Erhöhung der bislang ausgewiesenen Fehlbeträge führt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.5 Vergleich zum Ausgleich für zuviel geleistete Arbeitszeit der Feuerwehrbeamtinnen und -beamten nach EU-Arbeitszeitrichtlinie - Umsetzung des Urteils OVG-Münster 1 A 2654/07 vom 07.05.2009 4494/2009

Aufgrund mehrerer Hinweise, die Entschädigung erfolge nur unter der Voraussetzung, dass alle anspruchsberechtigten Beamtinnen und Beamten sowie Pensionäre der Be-

rufsfeuerwehr verbindlich dieser Regelung zustimmen, erläutert Herr Kahlen, dieser Tatbestand sei der Verwaltung bewusst und man habe mit dem entsprechenden Kommunikationsprozess bereits begonnen. Die Verwaltung sei vorbereitet, mit offiziellem Startschuss am 02.02.2010 eine flächendeckende Zustimmung aller Betroffenen einzuholen.

Herr Kahlen ergänzt, der Beamte, mit dem die Stadt Köln ein Musterverfahren zum Anspruch auf Freizeitausgleich/Entschädigung führe, habe in der Personalversammlung erklärt, dass er seine Klage zurücknehmen werde.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussesentwurfes:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage der Kernsätze des Urteils des OVG-Münster AZ. 1A 2654/07 vom 07.05.2009 an die ca. 760 betroffenen aktiven Beamtinnen und Beamten sowie die betroffenen etwa 80 bis 100 Pensionäre der Berufsfeuerwehr zum Ausgleich zuviel geleisteter Arbeitszeit eine materielle Entschädigung zu gewähren, die auf folgenden Festlegungen basiert:
 - Zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Berufsfeuerwehr erfolgt eine Entschädigung in Geld.
 - Der Entschädigungszeitraum erstreckt sich vom 01.03.2001 bis 31.12.2006.
 - Die Entschädigung erfolgt pauschaliert für Monate, in denen Einsatz-/Mischdienst geleistet wurde.
 - Für jeden Monat, für den die Anspruchsvoraussetzungen vorliegen, werden 12,11 zu entschädigende Stunden zugrunde gelegt.
 - Die Entschädigung erfolgt auf der Basis der jeweils am 31.12.2006 gültigen Stundensätze der Mehrarbeitsvergütungsverordnung der Besoldungsgruppe, in die die anspruchsberechtigten Beamtinnen und Beamten der Berufsfeuerwehr Köln am 31.12.2006 eingruppiert waren – gemindert um 20%.
 - Die Regelung gilt auch für diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in der Zeit zwischen dem 01.03.2001 und dem 31.12.2006 mehr als 48 Stunden pro Woche gearbeitet haben und zwischenzeitlich in den Ruhestand versetzt wurden.
2. Die Entschädigung erfolgt unter der Voraussetzung, dass alle anspruchsberechtigten Beamtinnen und Beamten sowie Pensionäre der Berufsfeuerwehr verbindlich auf eine gerichtliche oder außergerichtliche Geltendmachung weiterer Ansprüche auf Entschädigung in Geld oder auf Freizeitausgleich im Zusammenhang mit den EU – Richtlinien 93/104/EG und 2003/88/EG für die Zeit vor dem 01.01.2007 verzichten. Der Verzicht ist innerhalb von zwei Monaten - spätestens bis 15.04.2010 – zu erklären. Weiterhin ist Voraussetzung, dass der Beamte, mit dem die Stadt Köln ein Musterverfahren zum Anspruch auf Freizeitausgleich/Entschädigung führt, bis zu diesem Zeitpunkt seine Klage zurückgenommen hat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.6 zurückgezogen

10.7 Reinigung aus einer Hand - Übertragung der Graffiti-Entfernung bei städtischen Objekten auf die AWB 4484/2009

Frau Manderla merkt an, die Gebäudewirtschaft habe in der Vergangenheit die Aufgabe der Reinigung städtischer Objekte von Farbschmierereien mit ihren fünf Mitarbeitern sehr gut ausgeführt. Auch vor dem Hintergrund, dass die in der Vorlage aufgeführten Preise nicht 8 Jahre zu halten seien, sei ein Verbleib dieser Aufgabe bei der Gebäudewirtschaft sinnvoll. Die Erledigung durch die Gebäudewirtschaft von der ersten Meldung bis zur eigentlichen Entfernung von Farbschmierereien sei einfach und schnell.

Auf Rückfrage von Herrn Görzel erläutert Herr Kahlen, eine Reaktionszeit und Priorisierung zur Entfernung von Farbschmierereien sei im Vertrag unter (4) Reinigungskategorien formuliert. Er ergänzt, vertragliche Details zu Controlling bzw. Leistungsüberwachung und Sanktionen bzw. Vertragsstrafen seien sicherlich bei Verträgen mit manchen Firmen der Privatwirtschaft notwendig, allerdings erbringe die AWB über 90% ihrer Leistungen für die Stadt Köln, da könne man von derart strengen Vertragsinhalten absehen. Leistungsstörungen könne man mit Minderung ahnden, darüber hinaus sei ein permanenter Dialog gewährleistet, wenn Vertragsstörungen oder Schlechterfüllungen zu bemängeln seien.

Auf weitere Rückfrage von Herrn Görzel führt Herr Kahlen aus, zusätzliche Inhalte / Regelungen im Tarifvertrag seien seines Erachtens das grundsätzliche Einverständnis des Arbeitgeberwechsels, Sicherung des bisher erreichten Status und ein Rückkehrrecht, falls die Arbeitsbedingungen beim neuen Arbeitgeber unzumutbar werden.

Frau Manderla schlägt vor, die Vorlage aufgrund weiteren Beratungsbedarfs ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der AVR verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.8 Änderung der Hauptsatzung - § 22 Integrationsrat / Teil 2 4639/2009

Herr Neubert beantragt aufgrund weiteren Beratungsbedarfes, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Der Ausschuss ist einverstanden.

Beschluss:

Der AVR verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.9 Entsenden von Vertretern der Stadt Köln in die Verbandsversammlung des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister KDN 0212/2010

Auf Rückfrage des Ausschusses versichert Herr Kahlen, das in der Vorlage notierte Freigabedatum 02.02.2010 sei mit Sicherheit ein Druckfehler. Er bittet dies zu entschuldigen.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat stimmt der Entsendung der Vertreter in die Verbandsversammlung des KDN zu:

Vertreter der Stadt Köln

Herr Stadtdirektor Kahlen

Herr Stadtkämmerer Dr. Walter-Borjans

Stellvertreter der Stadt Köln

Herr Körber, Amtsleiter

Herr Kruse, stellv. Amtsleiter

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Granitzka
Vorsitzender

Simons
Schriftführerin